



Kath.  
Stadtkirche  
Essen

EVANGELISCHEKIRCHEINESSEN



Caritasverband  
für die Stadt  
Essen e.V.



## **Gemeinsame Erklärung zur Situation langjährig geduldeter Kinder und Jugendlicher mit libanesischer Zuwanderungsgeschichte**

Das Schicksal der vielen, die ihre Heimat verlassen und Asyl in Deutschland beantragen, bewegt auch in Essen die Menschen. Die Stadtgesellschaft mobilisiert in ihrer übergroßen Mehrheit alle Kräfte, um sich dieser Herausforderung auf eine menschenwürdige Weise zu stellen. Schnell geraten dabei diejenigen aus dem Blick, die schon seit Jahrzehnten mit einer ganz speziellen Geschichte in Essen leben. Gemeint sind Menschen mit einem libanesischen Zuwanderungshintergrund. In Essen sind das mehr als 5.000 Personen. Bei etwa 1.100 von ihnen ist die Staatsangehörigkeit weiter ungeklärt. Rund 680 sind offiziell geduldet, 340 haben eine Fiktionsbescheinigung, warten also noch auf eine Aufenthaltserlaubnis. Besonders die Situation der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt uns am Herzen. Viele von ihnen kennen wir aus der Jugendarbeit. Allein im Alter bis 27 Jahren sind ca. 280 Personen seit mindestens zwei Jahren geduldet und ca. 180 von ihnen haben eine Fiktionsbescheinigung.

Die betroffenen Menschen haben keinen Aufenthaltstitel und sind damit ohne eine planbare Zukunft. Manche von ihnen sind hier seit mehr als 30 Jahren „geduldet“. Viele sind in Essen geboren, denn der Zustand der Duldung wird an die kommende Generation weitergegeben. Ihre Geschichte ist kompliziert: Die Vorfahren flohen aus Angst vor Verfolgung aus der Türkei in das französische Mandatsgebiet, dem späteren „Libanon“. Einige von ihnen integrierten sich dort, erhielten später Pässe, andere lebten dort weiter als Staatenlose. Der Bürgerkrieg zwischen 1973 und 1989 zwang viele dieser Menschen erneut zur Flucht, aber nur ein Teil konnte dann hier in Deutschland die Belege vorzeigen, die das Asyl möglich machen. Die anderen, die „Ungeklärten“ wurden zur Ausreise ins Herkunftsland aufgefordert. Ohne gültige Papiere aber ist diese Ausreise nicht möglich. Als den deutschen Behörden die türkischen Wurzeln dieser Menschen bekannt wurden, forderten sie sie auf, einen türkischen Pass zu beantragen. Diejenigen, die trotz aller Bemühungen die erforderlichen Papiere nicht erlangen, erhalten in Deutschland keinen Aufenthaltstitel. Ihr Personaldokument ist mit dem Hinweis versehen: „... zur Ausreise verpflichtet“.

Je länger dieser Zustand andauert, desto zermürender und frustrierender ist er für alle Beteiligten, gerade für die jungen Menschen. Aufgrund der großfamiliären Strukturen sind viel mehr Familien von diesen existenziellen Fragen betroffen, als es statistisch den Anschein hat. Die deutsche Gesellschaft erwartet, dass sie sich in Deutschland integrieren. Doch sie können an dieser Gesellschaft nicht vollständig teilhaben, eine dauerhafte Perspektive bleibt Ihnen verwehrt. In der Bibel heißt es im 3. Buch Mose 19: „*Wenn ein Fremder bei dir lebt in eurem Land, sollt ihr ihn nicht bedrängen. Wie ein Einheimischer soll euch der Fremde gelten.*“ Die betroffenen Menschen haben ein Recht auf Klarheit und auf ein würdiges Leben mit einer Zukunftsperspektive. Als Christen setzen wir uns daher mit ihnen für die Verbesserung ihrer schon viel zu lange prekären Situation ein.

Für die Geduldeten, die hier geboren und aufgewachsen sind, sollte dazu folgendes geschehen:

1. Auf Bundesebene müssen endlich neue gesetzliche Regelungen beschlossen werden, die mehr als Flickwerk sind. Ziel muss es sein, auch den „ungeklärt“ Geduldeten einen sicheren Aufenthalt zu ermöglichen.
2. Mit einem "Essener Modell" soll jetzt versucht werden, jungen Menschen bis 27 Jahre eine langfristige Perspektive zu geben und die Integration zu verbessern. Wir begrüßen diese Initiative und appellieren an das Land Nordrhein-Westfalen, diesen Weg zu ermöglichen. Allerdings ist klar: Wenn die Vorlage eines gültigen Nationalpasses Voraussetzung für die Teilnahme am "Essener Modell" ist, bleiben die meisten Jugendlichen weiterhin im Duldungsstatus. Das „Essener Modell“ zur Integration junger Geduldeter muss deshalb so erweitert werden, dass auch jungen Essenern ohne Nationalpass die Teilnahme möglich ist und ihnen auf diese Weise ein Weg zu einem sicheren Aufenthaltsstatus eröffnet wird.
3. Für Menschen mit Duldung ist es aufgrund der zeitlichen Befristung schwierig, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Ohne Arbeit bleiben sie von Sozialleistungen abhängig, ungeachtet der eigenen Arbeitswilligkeit und Fähigkeiten. Die Bedingungen, eine Beschäftigung aufnehmen bzw. eine Ausbildung zu beginnen, haben sich in den letzten Jahren in kleinen Schritten verbessert. Doch sind die Hindernisse weiter hoch. Wir bitten die Jugendlichen, aber auch Arbeitgeber und Behörden, beharrlich alle Chancen für eine größere Integration zu nutzen.
4. Uns ist bewusst, dass die kommunale Ebene nur einen begrenzten Handlungsspielraum hat. Wir erwarten, dass das Ziel der Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte der Leitgedanke für alles Verwaltungshandeln in Essen ist, wie es mit „Chancen bieten, Grenzen setzen“ als integriertem Handlungskonzept vom Rat der Stadt bereits beschlossen wurde. Die Gesetze bieten den Behörden Ermessensspielräume. Diese sollten insbesondere von der Ausländerbehörde wohlwollend im Sinne einer Integration der jungen Menschen angewandt werden.

Wir sind bereit, alle Beteiligten mit unserem Wissen und unseren Fähigkeiten zu unterstützen. Gemeinsames Ziel ist es, die schon lange bei uns lebenden Menschen als Mitglieder unserer Stadtgesellschaft anzuerkennen und ihnen eine bessere Integrationsperspektive zu eröffnen.

Essen, 15. September 2015

**Evangelischer Kirchenkreis Essen**

Assessorin Erika Meier, Stellvertreterin der Superintendentin

**Katholische Stadtkirche Essen**

Pfarrer Ludger Blasius, Vertreter des Stadtdechanten

**Diakonisches Werk des Kirchenkreises Essen**

Diakoniepfarrer Andreas Müller

**Caritasverband für die Stadt Essen**

Dr. Björn Enno Hermans, Caritasdirektor